

Beschlussvorlage



Landeshauptstadt
Mainz

öffentlich		Drucksache Nr. 1108/2022
Amt/Aktenzeichen 61/68	Datum 20.07.2022	TOP

Behandlung im Stadtvorstand gem. § 58 (3) S. 2 i. V. m. 47 (1) S. 2 Nr. 1 GemO am 02.08.2022

Beratungsfolge Gremium	Zuständigkeit	Datum	Status
Verkehrsausschuss	Vorberatung	06.09.2022	Ö
Stadtrat	Entscheidung	21.09.2022	Ö

Betreff:

Antrag 0447/2022 Kostenfreie Mitnahme im ÖPNV für alle Geflüchteten (Die Linke)

Dem Oberbürgermeister und dem Stadtvorstand vorzulegen

Mainz, 27.07.2022

gez. Steinkrüger

Janina Steinkrüger
Beigeordnete

Mainz, 09.08.2022

gez. Ebling

Michael Ebling
Oberbürgermeister

Beschlussvorschlag:

Der **Verkehrsausschuss** empfiehlt, der **Stadtrat** beschließt, den Antrag 0447/2022 der Stadtratsfraktion Die Linke für erledigt zu erklären.

1. Sachverhalt

Die Mainzer Mobilität hatte mit der kostenlosen Beförderung ukrainischer Flüchtlinge eine bundesweite und zeitlich befristete Regelung umgesetzt. Durch die große Anzahl an Geflüchteten in einer sehr kurzen Zeit bedurfte es einer schnellen und unkomplizierten Übergangslösung. Viele der Geflüchteten konnten bei der Einreise nicht registriert werden, weshalb in der ÖPNV-Branche in Abstimmung mit der Bundesregierung die Vereinbarung getroffen wurde, dass die Geflüchteten den ÖPNV mit ihrem ukrainischen Ausweisdokument unentgeltlich nutzen dürfen. Diese aus gegebenem Anlass sehr unbürokratische Lösung hatte die Mainzer Mobilität gemeinsam mit den Verkehrsverbänden RMV und RNN bis zum 31.05.2022 angewendet.

Seit dem 01.06.2022 erhalten ukrainische Flüchtlinge auf Beschluss der Bundesregierung umfassende Hilfen zur Sicherung Ihres Lebensunterhalts, zur Gesundheitsversorgung und zur Integration. Darin eingeschlossen sind weitreichende Angebote für die Nutzung von Öffentlichen Verkehrsmitteln. Somit gelten für alle Geflüchteten, unabhängig vom Herkunftsort, mittlerweile die gleichen Bestimmungen.

2. Lösung

Da die unentgeltliche Mitnahme ukrainischer Flüchtlinge mittlerweile beendet ist und bislang kein finanzieller Ausgleich geleistet wurde, kann die Mainzer Mobilität das Anliegen des Antrags nicht weiterverfolgen. Gleichwohl steht momentan eine Vielzahl von Ideen zur tariflichen Attraktivierung öffentlicher Verkehrsmittel im Raum, die je nach Tarifhöhe auch Geflüchteten zu Gute kommen könnten. Darüber ist auch durch den Stadtrat am 01.06.2022 gewährten Betriebskostenzuschuss an die MVG vorgesehen, ein attraktiveres Sozialticket anzubieten.

Vor dem Hintergrund der nicht erwartbaren Kostenkompensation von höherer Ebene einerseits, der jedoch realistischen Perspektiven für eine finanzielle Entlastung geflüchteter Menschen bei der Nutzung des ÖPNV in Mainz andererseits, empfiehlt die Verwaltung den Antrag 0447/2022 zu erledigen.

3. Alternativen

Finanzierung einer kostenlosen Mitnahme aus Mitteln des städtischen Haushalts

4. Kosten-/Finanzierung

Gemäß Beschlussvorschlag keine zusätzlichen finanziellen Auswirkungen auf den städtischen Haushalt.

5. Geschlechtsspezifische Aspekte

keine